

# Das Thema AZV bringt Bürger in Rage

**DISKUSSION** Kritik hagelte es auf der Bürgerversammlung in Sachen Abwasserzweckverband. Richard Balk zeigte dennoch eine Zukunftsperspektive auf.

VON STEFAN SCHWARZ, MZ

**MINTRACHING.** Wie eigentlich jedes Jahr sollte auch die Bürgerversammlung 2011 mit einem kurzen Überblick des Bürgermeisters Kurt Senft über die Gemeindelage des vergangenen Jahres beginnen und den circa 100 anwesenden Bürgern zudem einen Ausblick auf die kommenden Monate bieten. Doch spätestens als das Publikum die Verlesung des Schuldenstands des Abwasserzweckverbands Fattertal (AZV) in Höhe von circa 29,3 Millionen Euro mit ironischem Szenenapplaus kommentierte, dürfte jedem klar gewesen sein, dass dieses Thema ausführlicherer Klärung bedarf.

## 43 Millionen Euro investiert

Dazu hatte der Bürgermeister seinen Stellvertreter, Hubert Achhammer, der zugleich Vorsitzender des AZV ist, und den Verbandsrat Richard Balk eingeladen, um Informationen über die Situation und den Schuldenabbau zu geben. Kaum hatte Hubert Achhammer das Wort ergriffen, um die aktuelle Situation zu erklären, ertönten die ersten Zwischenrufe aus den Reihen der Zuhörer. Warfen die einen ihm vor, sich immer in Schweigen zu hüllen, schimpften andere darüber, dass man „mit Millionen Lotto gespielt habe ohne einen Treffer zu erhalten“. „Was vorher war, können wir nicht mehr ungeschehen machen!“, versuchte Achhammer zu entgegnen – nicht ohne erneut unterbrochen zu werden. Dennoch blieb er sachlich und erläuterte,

dass der Abwasserzweckverband seit 1998 rund 43 Millionen Euro investiert habe, darunter etwa 30 Millionen Euro für den Kanalausbau im Einzugsgebiet und acht Millionen Euro für die Kläranlage. Auch diese Aussage blieb nicht unkommentiert: Christian Brandl forderte mehrfach lautstark, dass man kein Geld ausgeben dürfe, wenn keins vorhanden sei.

## Aufgebrachte Stimmung im Saal

Um die aufgebrachte Stimmung zu beruhigen, wandte sich Bürgermeister Senft mit scharfen Worten an die Bevölkerung: „Die Vergangenheit aufzuklären ist Sache von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten. Wir haben diese Zeit nicht. Wir müssen in die Zukunft schauen, denn es reicht nicht, etwas am Wirtshaustisch zu kritisieren.“ Doch auch dies konnte nur kurz für Ruhe sorgen. So sprachen einige Bürger von „Augenwischerei“ oder befanden sogar die Informationsbroschüre, die vom Abwasserzweckverband ausgegeben werden soll, als unnötig. Kurt Senft zeigte sich ebenso erbost: „Die, die jetzt am lautesten „schade um das Geld“ schreien, sind die, die Informationsdefizite anprangern.“ Bei vielen Anwesenden saß der Frust dennoch tief. So ist es nicht verwunderlich, dass gerade die harte Kritik an ehemaligen und aktuellen Verbandsräten nicht so schnell verstummen wird.

## Entschuldung über 25 Jahre geplant

Schließlich kam auch Richard Balk zu Wort, der in ehrenamtlicher Arbeit ein Finanzkonzept zur Entschuldung ausgearbeitet hat. Wie er anführte, gebe es verschiedene Kredite mit unterschiedlichen Laufzeiten, sowie zahlreiche Alternativenanlagen wie Derivate. Dies sind im weitesten Sinn Verträge, deren Wert sich nach den künftigen Preisen anderer Güter richtet. Besonders spekulativ sind dabei Zinsoptimierungsgeschäfte mit dem Schweizer Franken.

Auf eine Bezugssumme von zehn Millionen Euro, die aber nie durch einen Kredit gedeckt war, habe die VBA (Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Abwasserzweckverbands) einen Zinssatz von 1,12 Prozent versprochen bekommen, für den Fall, dass der Wechselkurs vom Euro zum Schweizer Franken mindestens 1,41 betrage. Andersherum sei dieser Deal jedoch nicht abgesichert. So müsse die VBA beim aktuellen Kurs von 1,25 rund 12,8 Prozent Zinsen bezahlen, was einer jährlichen Belastung von über 1,3 Millionen Euro gleichkomme. Dieses Geschäft könne man zur Zeit im Gegensatz zu Aktien und Wertpapieren nicht veräußern, also müsse man hoffen, dass sich die Zinsrelation bis zum Laufzeitende 2016 verbessere.

Wie die Mittelbayerische Zeitung berichtete, wird alles in allem von rund 7,5 Millionen Euro ausgegangen, die unter der alten Führung des Abwasserzweckverbands an der Börse verzockt worden sind.

## Anwesende fühlten sich „verarscht“

Insgesamt plane man den Zinssatz für Kredite auf 25 Jahre festzuschreiben und „kein aktives Zinsmanagement mit irgendwelchen Risikogeschäften“

mehr zu betreiben. Obgleich sich einige der Anwesenden „regelrecht verarscht“ vorkamen, erhielt Richard Balk viel Applaus für seine Bemühungen um den Verband. „Schließlich wollen wir den Verband in 25 Jahren entschulden. Ausgehend von einem festen Einleitungsbeitrag werden die Gemeinden den Rest aufbringen müssen“, fuhr Balk fort. Derzeit zahlen die Mintrachinger Bürger 3,89 Euro pro Kubikmeter Abwasser.

## „Keinerlei Einblick in Unternehmen“

Mit Georg Schiller berichtete auch ein ehemaliger Verbandsrat von seinen Erfahrungen. Man sei grundsätzlich mit falschen Daten gefüttert worden und habe keinerlei Einblicke in das Unternehmen bekommen. Obwohl niemand etwas wissen wollte, hätte man immer „politische Preise“ verlangt, also aus politischen Gründen billige Preise, die die Kosten nicht decken können, berichtete Schiller bei der Bürgerversammlung.

Abschließend rief der Mintrachinger Bürgermeister Kurt Senft in der Bürgerversammlung zu Aufklärung und Transparenz auf und dankte Richard Balk für seinen Einsatz: „Wir müssen gegensteuern!“

## FRAGEN IN DER BÜRGERVERSAMMLUNG

- **Gewerbegebiet:** Otilie Meßner erkundigte sich nach weiteren Möglichkeiten für eine Beschilderung des Gewerbegebiets Rosenhof, da Lastwagenfahrer oftmals ihre Firma nicht finden würden und dann in Wohngebieten klingeln müssten. Kurt Senft erläuterte dazu, dass man mehrere Schilder aufgestellt habe, die „normalerweise nicht zu übersehen“ seien. Zudem wolle er sich mit seinem Neutraublinger Kollegen über weitere Möglichkeiten unterhalten.
- **Altenheim:** Hier stand die Frage eines Neubaus im Raum, da das alte „zu klein ist, um sich zu rechnen“, wie der Bürgermeister erläuterte. Vor allem sei ihm da-

bei wichtig, dass „die älteren Bürger in Würde ihren Lebensabend verbringen“ können.

► **Gemeinschaftshaus:** Viele Bürger erklärten, dass sie sich dort eine Gaststätte wünschten, die langfristig überlebensfähig sei. Gerade in umliegenden Gemeinden gehe es solchen Gaststätten schlecht. Senft stimmte dem zu, da er „einen Pächter nicht ausnehmen“ wolle.

► **Bäume fällen:** In Zukunft wird die Feuerwehr keine Bäume auf Privatgrund mehr umschneiden. Wie Kurt Senft ausführte, wolle man nicht in Konkurrenz zu Privatunternehmern stehen, die damit ihr Geld verdienen. (Lse)